

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

DSW JOURNAL

A close-up portrait of Johanna Wanka, the German Minister of Education. She has short, wavy, light-colored hair and is looking slightly upwards and to the right with a thoughtful expression. Her right hand is raised to her chin, with her index finger pointing upwards. She is wearing a dark blue blazer over a dark top and a necklace with a yellow pendant. A silver ring is visible on her right hand.

Die zähe Verhandlerin

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka
über Extraförderung für die Länder,
Bildungsmilliarden und BAföG.



Stilvoll essen

Ein Blick in den Geschirrschrank
der Mensen und Cafeterien

Wirtschaft denkt sozial

Stiftungsverbandspräsident Andreas
Barner will freien Hochschulzugang

Azubis und Studis

Städtetagspräsident Ulrich Maly
ist ein Freund des dualen Systems

POLITIK





»Wann immer ein Bundesland ein allgemeines Finanzproblem hat, wird ganz sicher nicht der Bund es lösen«

Die Fördersatzte sollen um sieben Prozent steigen - in zwei Jahren. Demgegenüber sind die Lebenshaltungskosten seit der letzten BAföG-Erhöhung 2010 laut Statistischem Bundesamt bereits bis heute um sieben Prozent geklettert - und gehen weiter hoch. Wie passt das zusammen?

Das kann man so nicht rechnen. BAföG-Erhöhlungen fangen nicht bloß vorherige Preissteigerungen auf, sondern wirken auch für die Jahre danach. Das war 2010 so und wird 2016 wieder so sein. So kommen auswärts wohnende Studierende wegen der Erhöhung des Wohnkostenzuschlags sogar auf ein Plus von fast zehn Prozent.

Glauben Sie, dass BAföG-Erhöhlungen einfacher werden, wenn nur noch der Bund zuständig ist?

Natürlich werden wir auch künftig das Geld erstreiten müssen. Aber bei Mischzuständigkeiten, wie wir sie

bisher beim BAföG hatten, ist es leichter, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben - gerade, wenn die Dinge kompliziert werden. Und ein einziger Partner kann alles verzögern. All das fällt weg.

Apropos Zuständigkeiten. Ihre Vorgängerin hat schon vor Jahren zu Protokoll gegeben, die Föderalismusreform von 2006 sei in Teilen ein Fehler gewesen - insbesondere das Kooperationsverbot.

Wir haben mit dem derzeitigen Grundgesetzartikel 91b so viel Kooperation zwischen Bund und Ländern wie nie zuvor. Hochschulpakt, Qualitätspakt Lehre, Exzellenzinitiative - das sind große Brocken. Darum ärgert es mich immer ein bisschen, wenn von einem Kooperationsverbot in der Wissenschaftspolitik gesprochen wird. Im Schulbereich haben wir das tatsächlich, aber nicht in der Wissenschaft.

Dann könnten wir ja alles so lassen, wie es ist.

Wir müssen jetzt einen wichtigen Schritt weiter gehen. Es gibt bislang zwei entscheidende Mängel. Erstens hat alle Zusammenarbeit temporär zu sein. Daran kommt man nicht vorbei, selbst wenn man die Fristen auf Fünfjahreszeiträume auslegt. Zweitens darf der Bund keine Institutionen fördern, nur Projekte. Ideal wäre es, wenn wir für die Hochschulen einen Zustand wie bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen erreichen: klare Zuständigkeiten, aber die Möglichkeit einer gemeinsamen Strategie und gemeinsamer institutioneller Förderung.

Und das schaffen Sie mit der vereinbarten Grundgesetzänderung?

Ja. Nach einer Grundgesetzänderung kann der Bund dauerhaft Strukturen fördern, die überregional bedeutsam sind.

Der Bund zahlt die Exzellenzuniversitäten, die Länder den Rest?

Keineswegs. „Überregional bedeutsam“ kann auch heißen, dass es irgendwo ein kleines Universitätsinstitut gibt, das in Deutschland einmalige Forschung und Lehre betreibt, aber für das zuständige Bundesland nicht mehr allein zu stemmen ist. Aber natürlich ist es auch „überregional bedeutsam“, wenn wir irgendwo ein Exzellenzcluster haben, das international renommiert ist. Und bei dem wir als Bund dann sagen: Um das zu erhalten, engagieren wir uns mit.

2010 hat der Bund mit dem Land Schleswig-Holstein vereinbart, das Forschungszentrum GEOMAR stärker als bislang mit Bundesgeldern zu fördern - wenn das Land dafür die Universitäts-



Während der scheinbar endlosen Verhandlungen um die Milliarden für Bildung und Forschung, um BAföG und die Grundgesetzänderung gab es in den vergangenen Monaten immer wieder Stimmen, die gefragt haben: Wo ist eigentlich Frau Wanka? Was haben Sie da gedacht?

Ich habe gedacht: Wenn die wüssten.

Was wussten die nicht?

Wenn Sie verhandeln und ein gutes Ergebnis wollen, dann tun Sie gut daran, nicht zwischendurch, wenn es gerade kritisch ist, irgendetwas herauszuposaunen oder die Partner unter Druck zu setzen. Und jetzt kann jeder das gute Ergebnis sehen, das wir erreicht haben.

Das erste Jahr nach der Bundestagswahl war bewegt. Drei bleiben. Was haben Sie noch vor?

Erstens: Deutschland ist im Moment hervorragend aufgestellt. Der Export brummt, die öffentliche Neuverschuldung ist gering, die Beschäftigtenzahlen liegen

auf einem Rekordhoch. Diesen Stand zu halten, wird schwierig und das kann nur mithilfe von Forschung und Entwicklung, mit erstklassiger Bildung und Ausbildung gelingen. An diesem Ziel müssen wir unsere Forschungs- und Bildungspolitik ausrichten - von der Konzeption der Studiengänge bis hin zur richtigen Strategie bei der Forschungsförderung. Zweitens: Nach zwei Phasen Exzellenzinitiative müssen wir die Weichen stellen für die Zukunft des Wissenschaftssystems. Was führen wir weiter, was machen wir neu? Und das dritte ist Bildungsgerechtigkeit. Wir brauchen den gleichberechtigten Zugang zur Bildung, unabhängig von der Herkunft. Dazu gehört BAföG. Wir brauchen eine bessere Förderung von Frauen und des akademischen Nachwuchses. Das sind die drei großen Punkte, auf die es mir ankommt. Und für die werde ich kämpfen.

Das Interview führten Jan-Martin Wiarda und Achim Meyer auf der Heyde.